

- a) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in der nächsten Zeit eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern West- und Ostdeutschlands für die Erörterung der lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes durchgeführt wird?
- b) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in dieser gesamtdeutschen Beratung zwei Fragen erörtert werden, und zwar:
die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands und die Frage der Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland?“

2. II. 1951

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik über den Beschluß der Regierung zur Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß ein Gesetz für deutsche Wahlen von Deutschen nach vorheriger Verständigung in Deutschland selbst geschaffen werden muß.“

„Um diese ureigene deutsche Frage nicht in fremde Hände zu verlagern, wie Adenauer es tut, hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entschlossen, eine Kommission zu bilden zur Ausarbeitung des Entwurfes eines Gesetzes über die Grundsätze für die freie Wahl einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung.“

„Den Vorschlag der Volkskammer vom 15. September 1951 an den Bundestag zur Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung halten wir aufrecht.“

2.11.1951

Schreiben des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an den Präsidenten der Bundesrepublik mit dem Vorschlag, auf einer Zusammenkunft die Möglichkeiten zur Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung zu erörtern. Feststellung der Wahlvoraussetzungen in ganz Deutschland durch eine gesamtdeutsche Kommission unter Kontrolle der vier Besatzungsmächte:

„Was die Überprüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen betrifft, so teile ich Ihnen mit, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Überprüfung in allen Teilen Deutschlands einverstanden ist. Sie ist aber der Meinung, daß eine solche Überprüfung am besten von den Deutschen selbst durchgeführt